

NACHRICHTEN

Bezirk Werdenberg: Verluste für FDP und SP

ST. GALLEN: Im Bezirk Werdenberg haben die FDP und die SP je einen Sitz verloren. Diese beiden Sitze gehen an die SVP, die neu auf drei Sitze kommt. Stärkste Partei bleibt die FDP mit vier Sitzen (-1), gefolgt von der SP mit drei (-1) und der SVP mit ebenfalls drei (+2) Sitzen. Die CVP konnte ihre beiden Sitze verteidigen. Das selbe gelang der EVP, die weiterhin einen Sitz hält.

Bezirk Sargans: SVP und CVP als Gewinner

ST. GALLEN: Im Bezirk Sargans hat die CVP einen, die SVP hat zwei Sitze gewonnen. Diese Gewinne gehen auf Kosten der FDP und der SP. Die CVP hält neu sieben Sitze - bisher waren es sechs. Vier Sitze (2) holte sich die SVP. Noch je zwei Sitze halten FDP (3) und SP (4). Nicht mehr gewählt wurde bei der SP Marliese Schläpfer Heilmann, die als ehemalige Grüne auf der SP-Frauenliste als Bisherige kandidierte.

Bezirk Oberrheintal: «Grüner» abgewählt

ST. GALLEN: Im Bezirk Oberrheintal hat die SVP zwei Sitze gewonnen. Nicht mehr im Rat vertreten sein wird der Grüne Meinrad Gschwend. Gar nicht mehr angetreten ist die Autopartei, um ihren einen Sitz zu verteidigen. Aus dem Bezirk Oberrheintal reisen wie bisher fünf CVP-Grossratsmitglieder nach St. Gallen. Auch die FDP behält ihre zwei Sitze. Die SVP gewinnt hingegen zwei Mandate hinzu. Den letzten Oberrheintaler Sitz konnte die SP verteidigen. Nicht mehr gereicht hat es den Grünen.

Bezirk Unterrheintal: SVP von null auf vier

ST. GALLEN: Im Unterrheintal hat die SVP auf Anhieb vier Sitze gewonnen. Zwei dieser vier Sitze dürfte sie von zwei ehemaligen Autoparteimitgliedern gewonnen haben, die erfolglos auf einer eigenen Bürgerliste kandidierten. Während die SP ihre zwei, die CVP ihre fünf und die Grünen ihren einzigen Sitz halten konnten, büsste die FDP einen Sitz ein. Neu waren im Unterrheintal 16 Sitze zu vergeben, bisher waren es 15 gewesen. Von der FDP wurden die Bisherigen Emil Müller und Karl Nüesch nicht mehr gewählt. Dafür schaffte der Rheinecker Gemeindevorstand Hans Pfäffli den Sprung in den Grossen Rat. Ohne Fortune waren auch die AP-Grossräte Fredi Kriftnner und Claudio Sieber.

Bezirk Rorschach: CVP und LdU als Verlierer

ST. GALLEN: Zwei ihrer sechs Sitze hat die CVP im Bezirk Rorschach verloren. Nicht mehr vertreten sein wird auch der Landesring, der seinen einzigen Sitz nicht verteidigen konnte. Gewonnen haben die FDP und die SVP. Im Bezirk Rorschach waren noch 13 Mandate zu vergeben, eines weniger als vor vier Jahren. Der Sitz der Autopartei ging kampflos verloren. Mit noch vier Grossratsmandaten (-2) bleibt die CVP grösste Partei im Bezirk Rorschach. Je drei Sitze halten die FDP (+1), die SP (unverändert) und die SVP (+2). Nils Rickert konnte seinen Landesringsitz nicht verteidigen.

Abstimmung vom 12. März: Parolen gefasst

BERN: Für die Abstimmung vom 12. März zur Justizreform und zu vier Volksinitiativen haben die wichtigsten Parteien die Parolen gefasst. Unbestritten ist nur die Justizreform: Alle sagen dazu Ja. Bei den übrigen Vorlagen scheiden sich die Geister. Zur Initiative der Denner AG «für Beschleunigung der direkten Demokratie» empfiehlt bisher nur die SVP Schweiz ein Ja. Die Volksinitiative «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden» findet unter den Bundesratsparteien nur die Unterstützung der SP. Die Ja-Parole fassten am Wochenende auch die Delegierten der Grünen und der CSP. Die übrigen Parteien - FDP, CVP, SVP, LPS und EDU - sagen Nein dazu. Die Initiative «zum Schutz des Menschen vor Manipulationen in der Fortpflanzungstechnologie» wird nur von der EDU unterstützt. Die Grünen haben dazu am Wochenende Stimmfreigabe beschlossen, die übrigen Parteien empfehlen Ablehnung des Volksbegehrens. Die Volksinitiative «für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs» schliesslich wird von der SP als einziger Regierungspartei zur Annahme empfohlen.

Schlapppe für die Linken

Kantonsratswahlen St. Gallen: Schweizerische Volkspartei legt kräftig zu

ST. GALLEN: Die SVP ist die grosse Gewinnerin der St. Galler Grossratswahlen: Sie überholte die FDP und wird mit 42 Sitzen zweitstärkste Partei. Die CVP bleibt mit 62 Mandaten grösste Fraktion.

Die Sitzverteilung im St. Galler Grossen Rat präsentiert sich so: CVP 62 (66), SVP 42 (14), FDP 40 (44), SP 27 (34), LdU/Grüne 6 (9), Übrige 3 (2). Nicht mehr im Rat vertreten ist die Autopartei. Fünf ihrer zehn Fraktionsmitglieder hatten Mitte 1999 zur SVP gewechselt, die dann 19 Fraktionsmitglieder umfasste.

Die SVP gewann zwar deutlich und erhielt 21,9 Prozent aller Stimmen. So stark wie bei den Nationalratswahlen mit rund 28 Prozent der Stimmen präsentierte sie sich allerdings nicht mehr.

Gegenüber 1996 ging der Anteil der CVP von 33,8 auf 29,9 Prozent zurück. Die FDP machte noch 20,9 Prozent (23,6) der Stimmen.

Keine Listenverbindungen

Die SP gewann zwar ziemlich genau ein Prozent an Stimmen und erreichte 16,6 Prozent. Proporzpech brachte ihr aber sieben Sitzverluste. Zulegen konnten auch der LdU und die Grünen. Sie wurden aber vom gleichen Pech wie die SP verfolgt.

Erschwerend kam für die kleinen Parteien dazu, dass aufgrund eines neuen Gesetzes Listenverbindungen nur noch zwischen Parteien gleicher Bezeichnung möglich waren. Grosse links-grüne Zusammenschlüsse blieben deshalb aus.

Bestätigung von Mitte-Rechts

Als Bestätigung von Mitte-Rechts wertete der St. Galler FDP-Nationalrat Peter Weigelt das Wahlergebnis gegenüber der Nachrichtenagentur sda. Das werde sich auf die Regierungswahlen vom 12. März auswirken.

Die FDP habe ihr Minimalziel erreicht. Angesichts der massiven SVP-Gewinne sei dies doppelt beachtlich. Die FDP sei immer noch drittstärkste Kraft. Die CVP - so Weigelt - habe sich voreilig gegen eine Regierungsbeteiligung der SVP ausgesprochen.



Der SVP-Kantonalpräsident Toni Brunner (links) gratuliert dem Fraktionspräsidenten Paul Meier zum grossartigen Ergebnis der Kantonsratswahlen. (Bild: Keystone)

Das Wahlergebnis lasse die FDP nun auf einen Sitzgewinn bei den Regierungswahlen hoffen, meinte Weigelt weiter. Drei Viertel des St. Galler Parlaments seien jetzt bürgerlich.

Die SP habe Wählerpotential an die SVP verloren, stellte Weigelt fest - und zwar Arbeiter und Gewerkschafter. Dies sei wichtig für die Entwicklung der kommenden Jahre.

Trendwende geschafft

Die CVP habe die Trendwende geschafft, stellte Parteipräsidentin Lucrezia Meier-Schatz fest. Sie bleibe stärkste Partei bei tieferer Wahlbeteiligung, das sei erfreulich.

Die Neupositionierung der CVP mit einer offeneren Gesellschaftspolitik habe sich ausbezahlt. Bei den Jungen in den Agglomerationen habe die Partei zugelegt. Die Partei habe ihre wirtschaftliche und soziale Kompetenz bewiesen. «Wir haben Prozente gewonnen

und Sitze verloren» sagte die SP-Parteisekretärin Barbara Gysi. Grund für den Sitzverlust sei das von den Bürgerlichen durchgesetzte Verbot der Listenverbindungen unter nicht gleichnamigen Listen, welches erstmals galt.

Die SP habe damals das Referendum nicht ergriffen, weil sie befürchtete, die Problematik sei nicht erklärbar.

42 Sitze für die SVP

SVP-Kantonalparteipräsident und Nationalrat Toni Brunner sprach von einem «Mitte-Rechts-Rutsch». Mit 42 Sitzen könne seine Partei nun «ganz andere Stricke zerreissen» und neue Koalitionen schmieden. Unter den gewählten SVP-Vertretern seien «junge, anerkannte Leute», sagte Brunner.

Fraktionschef Paul Meier von der SVP zeigte sich hoch zufrieden. Angestrebt habe die SVP eine Verdoppelung der Mandate auf 28 und das Halten der fünf ehemaligen Auto-

parteisitze. Die Bürger schätzten, dass die SVP keine «Wischiwaschi»-Politik mache, meinte Meier zum Wahlerfolg.

Erdbeben ausgeblieben

Das nach den Nationalratswahlen erwartete Erdbeben sei ausgeblieben. Die SVP habe längst nicht so viel gewonnen, wie man nach den Nationalratswahlen befürchtet habe, sagte LdU-Wahlanalysiker Bruno Eberle.

Die Linken und die Grünen wie auch der LdU hätten Proporzpech gehabt und nicht mehr von Listenverbindungen profitieren können. Grüne und LdU seien aber längst nicht ausradiert.

In vier Jahren erwartet Eberle dank neuen grossen Wahlkreisen eine Stärkung der Linken: «Das wird das politische Gefüge stärker verändern als die diesjährigen Wahlen. Dann wird die SVP entzaubert sein. Jetzt muss sie nämlich beweisen, was sie kann.»

Namen im Umlauf

Affäre Bellasi: Vertrauliche Liste mit Kaderpersonen vorhanden

BERN: Der militärische Nachrichtendienst (ND) bleibt in den Schlagzeilen. Eine vertrauliche Liste mit Namen von Kaderpersonen, die dem ND Informationen liefern, ist in den Händen von Medien. Der ND verschickte vergangene Woche einen Brief mit Anweisungen.

Der Brief, der an «alle Offiziere der Armeeabteilung und der Personalreserve der Untergruppe Nachrichtendienst (UG ND)» adressiert ist, ist von interimistischen Nachrichtendienstchef Martin von Orelli unterschrieben.

Er gibt Empfehlungen, wie sich die Informanten verhalten sollen, wenn sie über ihre Miliz-Aktivitäten befragt werden. Felix Endrich, stellvertretender Informationschef im Generalstab, bestätigte entsprechende Berichte des «Sonntagsblick» und von «dimanche.ch».

Empfehlungen an Nachrichtendienstler

So wird den Miliz-Nachrichtendienstlern empfohlen, ihre militärische Einteilung mit «Führungsstab der Armee» anzugeben. Sie sollen angeben, dass «ihre Einteilung auf Grund ihrer Analyse- und Synthesefähigkeit und nicht auf Grund ihres Arbeitsplatzes» erfolgt sei, heisst es in dem in den beiden Zeitungen veröffentlichten Brief weiter.

«Es bestand nie ein offizieller oder verdeckter Auftrag, Dokumente Ihres Arbeitgebers für dienstliche Zwecke zu entfremden», schreibt von Orelli im Brief weiter.

Der Brief, der überschrieben ist mit «Fortsetzung Fall Bellasi», datiert vom 31. Januar 2000. Einen Tag zuvor hatte der «Sonntagsblick» die angebliche Mitgliedschaft des Vizepräsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Jean-Pierre Roth, im Nachrichtendienst publik gemacht.

Geheime Informationen

Gemäss Militärgesetz seien Informationen wie eine Mitgliedschaft im Nachrichtendienst geheim und dürfen nicht veröffentlicht werden, sagte Endrich der Nachrichtenagentur sda. Das Verbot gelte sowohl für die Mitglieder der Armee wie für Zivilpersonen, inklusive Medien.

Mit der Untersuchung im Fall Bellasi soll herausgefunden werden, ob dieser im Besitz einer solchen Namenliste gewesen sei und sie allenfalls verkauft habe, sagte Endrich weiter. Der ehemalige Rech-

richtendienst wird verdächtigt, zwischen 1994 und 1998 mit Vorschussmandaten für fiktive WKs rund 8,9 Mio. Franken ertragen zu haben.

Generalstab über Einteilung informiert

Über die Einteilung von Kaderleuten in den Nachrichtendienst sei der Generalstab informiert, sagte von Orelli in einem Interview, das in beiden Zeitungen veröffentlicht wurde. Auch die Geschäftsprüfungsdelegation könne sich informieren.

Keine Spione

Die Informanten dürften nicht als Spione gesehen werden, sagte der stellvertretende Informationschef im Generalstab, Endrich. In mehrstündigen Wiederholungskursen bräuchten sie ihre Kenntnisse in der Lagebeurteilung zu Händen des Bundesrates ein. Dies geht über das Militärische hinaus, fügte Endrich hinzu. Wie weit ein Nachrichtenmann bei der Informationsbeschaffung gehen dürfe, müsse jeder selber wissen, sagte von Orelli dazu im Interview. «Wenn er firmenspezifische Informationen weitergibt, muss er abschätzen, ob das im Einklang mit den Firmendirektiven steht oder nicht.»

Erbschaftssteuer abgeschafft

BELLINZONA: Das Tessiner Stimmvolk hat genug von der Erbschaftsteuer. Am Wochenende hat es wie in einer Initiative der Lega verlangt, deren sofortige Abschaffung beschlossen. Auch drang die Lega mit der Forderung nach linearen Steuererhöhungen durch. Für die sofortige Abschaffung der Erbschaftsteuer für direkte Nachkommen sprachen sich 62,7 Prozent der Stimmberechtigten. In der ersten Runde kreuzten den Gewinnstrich die Grossen Räte an der Spitze. Kevin Steiner, Leiter der Lega, schätzte, dass im Jahr 2002 auf die Erbschaftsteuer verzichtet würde. Nur auf offizielle Unterstützung der SVP sowie der Industrie und der Handelskammer konnte die Lega bei der zweiten Initiative zählen. Trotzdem sagten 58,9 Prozent des Stimmvolks Ja zur linearen Steuererhöhung für juristische und natürliche Personen. Die Stimmberechtigten des Vorjahres betrug 37 Prozent. Die Initiative gefordert, dass die Steuererhöhung von 10 Prozent auf 15 Prozent für die Stimmberechtigten und Bürger nicht zählend, die im